

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Sonntag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. —
Verantwortlich für Inserate: Karl Pantz, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannfuch & Co.,
Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag
Seite 110. — Verkaufspreis: Monatlich 2,00 Mark, Abnehmer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 Millimeter breite Nonpareillezeile 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familien-
anzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreizehnspaltige 30 Millimeter breite Zeile
20 Pf., auswärts 30 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung
Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Geschäftsstelle Magdeburg, Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg

Nr. 204.

Magdeburg, Donnerstag den 2. September 1926.

37. Jahrgang.

Und verteuere unser täglich Brot...

Steigende Brotgetreidepreise.

Im Vater unser wird der liebe Gott gebeten, den Menschenkindern das tägliche Brot zu geben. Aber die ständigen Brotverteurer — Großagrarien und Getreideschieber — scheinen doch allmächtiger zu sein als alle Götter und die Mutter Natur zusammengenommen. Jedenfalls verstehen sie es seit undenklichen Zeiten, möchte die Natur schlechte oder gute Ernten bescheren, der großen Masse des Volkes den Brotkorb höher zu hängen, zugunsten des eignen Geldbeutels.

Wie erinnerlich, unternahmen die Deutschnationalen in der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstags vom 14. August einen Vorstoß in der Richtung, das erst kurz zuvor in Kraft getretene Gesetz über die Wertbestimmung der Einfuhrscheine für eine Uebergangszeit sofort aufzuheben und dafür der Wertbestimmung die jetzigen Zollsätze zugrunde zu legen. Der Zweck dieses Vorstoßes war, den Großagrariern einen erhöhten Gewinn auf Kosten der Verbraucher zuzuführen.

Die Regierung selbst aber war sich noch nicht schlüssig, und so wurde denn die Entscheidung vertagt. Zunächst auf den 20. August, dann auf den 31. August, dann wiederum auf unbestimmte Zeit.

Nun verbreitet der Handelsdienst des Wolffschen Telegraphenbureaus eine Mitteilung über

Preissteigerungen in Brotgetreide und Mehl,

die hoffentlich die notwendige Beachtung der Reichsregierung findet und ihre Bedenken gegen den deutschnationalen Getreidepreisverteuerungsantrag so verstärkt, daß sie ihm nicht nachgibt. Es heißt in der Mitteilung:

Roggenmehl wurde in Berlin noch im Vormonat mit 26,50 Mark je 100 Kilogramm gehandelt, heute kostet es bereits 31 bis 32 Mark. Weizenmehl, das im Vormonat noch 38 Mark notierte, ist heute unter 39 Mark kaum mehr zu haben und für prompte Lieferung werden bis 40 Mark verlangt und bewilligt. Die Mühlen klagen, daß gerade jetzt, da sie sich aus neuer Ernte eindecken sollen, die Getreidelombardierung-Propaganda einsetzt, wodurch die Landwirtschaft bestimmt würde, das Getreide zurückzuhalten. Dies sei Ursache der Preissteigerung in Roggen und Weizen. Mehl- und Brotpreise müssen natürlich im Preise folgen. Damit würden neue Lohnkämpfe, neue Lohnsteigerungen veranlaßt.

Diese Verteuerung der Industrieerzeugnisse würde jedoch die landwirtschaftliche Absatzseite in weit größerem Maße erhöhen, als die landwirtschaftliche Einnahmenseite durch die Lombardaktion von Reichsbank und Getreide-Handelsgesellschaft erhöht werden könnte. Es sei kein Zweifel, daß die Lombardierungsmöglichkeit die Getreidepekulation erleichtere. Damit würde also im Endeffekt der Landwirtschaft nicht genützt, die Exportfähigkeit der deutschen Industrie jedoch geschädigt, zugleich würde der inländische Kaufkraftüberhang noch weiter gewandert, woraus letzten Endes nur eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit folgen könne.

Seinerzeit sei öffentlich erklärt worden, Gesellschaftszweck der Getreidehandels-Gesellschaft sei eine stabilisierende Ausbalmung spekulativer Preischwankungen. Jetzt biete sich der Getreide-Handels-Gesellschaft die beste Gelegenheit, diesen ihren Zweck zu verwirklichen, indem sie jetzt Roggen aus dem Ausland einführe, damit eine Senkung des Brotpreises im allgemeinen Interesse noch rechtzeitig verhindert werden könne.

Wir haben also jetzt schon, ohne erhöhte Wertbestimmung der Einfuhrscheine, steigende Brotgetreidepreise, hervorgerufen durch

Enthüllung des Inlandmarktes.

durch Zurückhaltung des neuen Getreides beim Produzenten. Geht es nicht von großagrarischer Seite her, so wird gefagt, daß die diesjährige Getreideernte zum Teil mit starker Verspätung eingebracht worden sei. Gemachte Einbringung, mindere Qualitäten usw. erfordern Trocknung und Mischung. Dieser Aufwand zur Herstellung verkaufsfähiger Ware erfordere Zeit, an der es bisher gefehlt habe. Diese Verhältnisse seien die wirkliche Ursache des zurzeit noch geringen Inlandangebots. Von Zurückhaltung infolge Getreidelombard-Propaganda könne nicht die Rede sein.

Zugegeben, daß dem so sei, daß keine bewußte Enthüllung des Marktes, keine Zurückhaltung aus Gewinnsucht vorliegt, so bleibt doch die Tatsache der gestiegenen Brotgetreidepreise bestehen. Und mit der gestiegenen Wertbestimmung der Einfuhrscheine verbindet sich selbstverständlich neben der erhöhten Belastung der Allgemeinheit noch die

weitere Verteuerung des Brotgetreides und des täglichen Brotes, das daraus gebacken wird.

Die Mühlenbesitzer jagen ja ganz richtig, daß die Preisbewegung für Brotgetreide

keinem etwas nützt,

aber der Allgemeinheit und Gesamtwirtschaft großen Schaden zufügt, daß selbst die Landwirtschaft nur einen Augenblickserfolg davon hätte, der bei den Folgen — Lohnkämpfe gleich Lohnsteigerungen gleich Erhöhung der Industrieprodukte auch für die Landwirtschaft — wieder zerrinnt.

Aber die Nimmerfaktoren sind ohne jede volkswirtschaftliche Einsicht und sehen immer nur den Taler, der ihnen für jeden Zentner Roggen mehr in denbeutel fällt. Mag die Reichsregierung mehr volkswirtschaftliche Einsicht zeigen und die agrarischen Forderungen ablehnen. Der Hunger der Massen ist ja schon genug.

Die Mühlenbesitzer schlagen verstärkte Einfuhr von Roggen vor, um das augenblickliche Loch auf dem Inlandmarkt auszufüllen. Aber ist es nicht ein Skandal, daß man in einem Roggen-Uberschußland — und das ist Deutschland — überhaupt solchen rettenden Ausweg in Erwägung ziehen muß?

Steigende Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats August mit 1425 gegen 1424 im Vormonat nahezu unverändert geblieben. Innerhalb der Ernährungsausgaben wurden die Steigerungen bei einigen Nahrungsmitteln durch das weitere Nachgeben der Gemüsepreise fast ausgeglichen. Die Ausgaben für die Wohnung haben im Reichsdurchschnitt wieder leicht angezogen. Der Rückgang der Bekleidungsansgaben hat sich fortgesetzt.

Im ganzen muß also festgestellt werden, daß die Tendenz zur weiteren Verteuerung der Lebenshaltung anhält. Der Rückgang der Bekleidungsansgaben erklärt sich nämlich dadurch, daß vielerorts noch Lagerbestände geräumt werden, während die Großhandelspreise auf der Leipziger Messe bereits wieder aufwärts gerichtet sind, so daß man auch bei den Kleinhandelspreisen mit einer Steigerung rechnen muß.

Das Nachgeben der Gemüsepreise ist ferner eine ausgebrochene Saisonerscheinung. Es spielt dabei eine besondere Rolle, daß in diesem Jahre der Sommer besonders feucht war und dementsprechend die Gemüseerträge recht erheblich sind, so daß das Angebot an Frischgemüse fortgesetzt groß bleibt. Da dieses Gemüse nicht genügend konserviert werden kann, werden die Preise natürlich steigen, sobald die Erntezeit vorüber ist.

Festsetzen bleibt die Tatsache, daß die Wohnungsmieten wieder angezogen haben und auf lange Sicht hinaus noch weiter anziehen werden, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß ein ständig wachsender Teil des Volkes nicht mehr in den zwangsbewirtschafteten Wohnungen mit billigen Mieten wohnt, sondern die viel teureren Neubauwohnungen zu zahlen hat.

Tägliche Schlüsse.

Die anhaltende Steigerung der Umsätze in den Konsumvereinen hat einen Teil der Verantwortlichkeit zu dem Schlusse veranlaßt, daß die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung wesentlich gestiegen sei. Diese unkritische Annahme einer für einen bestimmten Zweck aufgemachten und in besonderen Betriebsverhältnissen begründeten Statistik hat sogar in dem letzten Bericht des Reparationsagenten ihren Niederschlag gefunden. Es ist daher von Interesse, festzustellen, daß die Konsumgenossenschaften selbst in dieser Frage anderer Meinung sind. Der bekannte Führer der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, Heinrich Kaufmann, schreibt dazu in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ folgendes:

In einigen bürgerlichen Zeitungen ist aus der Wochenumsatzstatistik unseres Zentralverbandes der Schluss gezogen worden, daß die Kaufkraft in Deutschland in letzter Zeit außerordentlich erhöht sei und sich im jähdigen, regelmäßigen Steigen befindet. Diese Schlussfolgerung schießt weit über das Ziel hinaus. Der Preisstand, in dem sich die deutsche Volkswirtschaft befindet, hat natürlich eine Einschränkung des Konsums der breiten Massen des Volkes im Gefolge. Wie weit diese jedoch in den Umsätzen der Konsumgenossenschaften sich auswirkt, ist eine andere Frage.

Richtig ist, daß die Arbeitslosenunterstützung erheblich höher ist als der wöchentliche Durchschnittsumsatz, so daß also an sich ein Rückgang des Umsatzes in den Konsumgenossenschaften nicht unbedingt in Frage kommen würde. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen,

daß es sich in unserer Statistik um Durchschnittszahlen handelt. Nicht wenige Familien decken ihren ganzen Bedarf in der Konsumgenossenschaft. Wenn eine solche Familie von Arbeitslosigkeit betroffen wird, so schränkt sie naturgemäß ihren Konsum ein, und ihr Umsatz bei der Konsumgenossenschaft geht zurück.

Wiederum aber ist zu beachten, daß die Konsumeinschränkung nicht in erster Linie in der Einschränkung des Konsums in Nahrungs- und Genussmitteln, die von den Konsumgenossenschaften hauptsächlich geführt werden, sondern in dem Konsum von Bekleidungsgegenständen und Hausstandsgüter aller Art sowie in den sonstigen Ausgaben zum Ausdruck kommt. Auch die Sparanlagen der Mitglieder ermöglichen, wenigstens bei vorübergehender Arbeitslosigkeit, die Aufrechterhaltung des bisherigen Konsums.

Ebenso darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Verbesserung der genossenschaftlichen Arbeitsmethoden unaufhaltbar fortschreitet, daß infolgedessen die genossenschaftliche Leistungsfähigkeit zunimmt und damit auch der Anreiz, den Bedarf der Familie in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften einzudecken. Ferner ist nicht unbeachtlich, daß Arbeiterfamilien, die sich in gesichertem Einkommen befinden, bei Privatbankrott, Wägen und Schlachtern, bei denen sie bekannt sind, leicht Kredit erhalten. Auf Grund dieses Kredits wird im Falle der Arbeitslosigkeit der Umfang des bisherigen Konsums beibehalten, bis die Gläubiger energisch auf Zahlung drängen. Dadurch wird die bergende Genußfrau verschonnet, und wenn sie nun doch keinen Kredit mehr genießt, so geht sie den ewigen Mahnungen und den unfreundlichen Mienen aus dem Wege und trägt ihr Geld in die Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaft.

Endlich darf der Wert unserer ununterbrochenen genossenschaftlichen Erziehungsarbeit nicht verkannt werden. Wir sind bemüht, unsere Mitglieder zu bewußten Konsumenten zu erziehen und sie immer fester an ihre Genossenschaft zu fesseln.

Schlusfolgernd bemerkt Heinrich Kaufmann: Alle diese Momente können sehr wohl dahin führen, daß bei einem Rückgang des allgemeinen Volkskonsums doch der wöchentliche Durchschnittsumsatz in den Konsumgenossenschaften eine steigende Tendenz aufweist. Ist hingegen in einem Bezirk die große Mehrzahl der Einwohner-schaft genossenschaftlich organisiert und genossenschaftlich so gut erzogen, daß sie den allergrößten Teil ihres Bedarfs in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften eindeckt, so wirkt sich auch die Krise als Rückgang des Umsatzes aus. Das bedeutet für uns über das ganze Reich erstredende Statistik eine Abwärtswendung der Tendenz der Umsatzzunahme.

Deutschnationales Reparationsgeschenk.

Mit dem 1. September beginnt das dritte Jahr der Dawes-Zahlungen. Bisher hat sich die Erhebung der für die Ausführung des Dawes-Planes vorgesehenen Abgaben und ihre Ueberführung an die Entente reibungslos vollzogen. Es läßt sich natürlich nicht voraussagen, ob das auch noch im dritten Dawes-Jahr der Fall sein wird. Einmal steigt die Belastung, und zwar nicht etwa deshalb, weil es der Dawes-Plan selbst erfordert hatte, sondern infolge der unglaublich leichtfertigen und außenpolitisch kurz-sichtigen Finanzpolitik des deutschnationalen Reichsfinanzministers von Schlieben. Dieser deutschnationale Herr hat es fertiggebracht, die Reparationsabgaben in diesem und im nächsten Jahre noch künstlich um 250 Millionen Mark zu erhöhen.

Im Dawes-Plan ist ein Ueberschuß vorgesehen, der bestimmt, daß sich die deutschen Reparationszahlungen im dritten und vierten Dawes-Jahr um den genannten Betrag vermehren, sobald die Einnahmen aus einer Reihe von indirekten Steuern und aus den Zöllen den Gesamtbetrag von einer Milliarde Mark übersteigen. Die Sozialdemokratie hat unangekündigt für die Ermäßigung der indirekten Steuern gekämpft. Die Deutschnationalen kümmern sich aber nicht darum, sondern entlasteten den Fiskus, um dafür die Verbraucher um so stärker heranzuziehen.

Auch als im vorigen Jahre die Schatzgölle eingeführt wurden, wies die Sozialdemokratie darauf hin, daß damit die Reparationsleistungen künstlich erhöht werden würden. Das Interesse der Unternehmer und der Agrarier aber ließ die Rechtsparteien derart, daß sie jeden Ueberblick über die außenpolitischen Folgeerscheinungen verloren.

Die reaktionäre Finanzpolitik kostet das deutsche Volk die runde Summe von 500 Millionen Mark, zahlbar in zwei Jahren, die Hälfte davon in dem Jahre, das mit dem heutigen Tage beginnt, 250 Millionen Mark sind in dem Dawes-Jahr 1926/27 zu leisten, 1450 Millionen Mark hingegen muß Deutschland jetzt deshalb aufbringen, weil die deutschnationale Finanzpolitik in der ruhmreichen Zeit des Fürtgerblocks so schamlich verlagert hat.

Kann man also sagen, daß diese 500 Millionen Mark des freiwilligen Geschenks der Deutschnationalen an den Reparationskommisär sind. Nur daß sie es nicht selbst zahlen wollen, sondern die Last dem Volke aufhaken. —

Der Fall Kölling.

Uns wird geschrieben:

Die Mitteilungen der Magdeburger Staatsanwaltschaft, daß der Prozeß gegen den Mörder Schröder nicht in der nächsten Schwurgerichtsperiode stattfinden werde, hat eine erste Korrektur erfahren: die Akten sind der Beschlußkammer zugeleitet. Die über Nacht plötzlich erwachte Entschlußkraft der Magdeburger Staatsanwaltschaft ist sehr erfreulich. Die verlorne Zeit läßt sich freilich nicht mehr einbringen. Am 24. August wurden die Akten der Staatsanwaltschaft überwiefen. Während sonst in zwei bis drei Tagen die Anträge für die Beschlußkammer fertiggestellt sind, überraschte die Staatsanwaltschaft am 30. August die Öffentlichkeit mit der Mitteilung, die Akten seien der Beschlußkammer noch nicht zugeleitet und voraussichtlich würde die Verhandlung gegen Schröder in der kommenden Schwurgerichtsperiode nicht mehr stattfinden.

Wir hoffen, daß die Energie der Magdeburger Staatsanwaltschaft nunmehr ausreichend ist, um zu erreichen, daß der Prozeß Schröder doch noch in diesem Herbst zur Verhandlung kommt. Damit würde allen Gerüchten über Verschleppungsversuche, um den Landgerichtsdirektor Loevenenthal als Vorsitzenden des Schwurgerichts auszuscheiden, der Boden entzogen.

Besonders Kühne Optimisten glauben sogar, es werde nicht nur die Hauptverhandlung gegen Schröder noch in diesem Herbst stattfinden, sondern auch, daß die Staatsanwaltschaft zur Ueberzeugung kommt, sie könne auch Schröder wenigstens einen Tag zur Vernehmung im Disziplinarverfahren gegen den Kommissar ten Holt zur Verfügung stellen und für den gleichen Zweck auf zwei bis drei Tage die Akten. Einstweilen freilich muß die Disziplinarbehörde die Untersuchung gegen ten Holt ohne Akten führen, sie ist angemessen im wesentlichen auf die Mitteilungen in der Presse und muß sich mit der Hoffnung trösten, daß sie den Schröder doch einmal habhaft wird, bevor er abgeurteilt und vielleicht den Händen des Scharfrichters überantwortet ist. Hoffen wir mit den Verwaltungsbehörden, daß ihr gnädigst gestattet wird, auch noch vor der Hauptverhandlung in die Akten Einsicht zu nehmen.

Zu der Untersuchung gegen ten Holt wäre mitzuteilen, daß dieses Vorbild aller kriminalistischen Tugenden sich bemüht, zu zeigen, daß er weiß, wie sich ein ausgeladener Angeklagter benimmt: er leugnet jegliche Schuld und wartet ab, was ihm bewiesen wird. Im übrigen beruft er sich auf Herrn Kölling, der allein für die verfehlte Untersuchung verantwortlich sei; auch für die „Spur“, die in den Ziegenstall des Ohle führte und für die grandiose Idee, den Mörder Schröder in die Räume des tschechischen Konsulats zu führen und dann sich von ihm ein Protokoll über die dortige Einrichtung diktiert zu lassen. Die „kriminalistische Feinheit“, dem Konsul das „Ehrenwort“ abzunehmen, ja niemand, auch nicht den Angestellten des Konsulats etwas über den hohen Besuch zu erzählen, scheint freilich ten Holts großes Gewächs zu sein. Wer sich erinnert, wie ein kurzes Gedächtnis den ten Holt über dem einen Mörder Schröders sofort das vorherige vergessen ließ, wird sich nicht wundern, daß er heute nicht mehr weiß, wie er redlich Mitteilungen über das von ihm aufgedeckte schwere Verbrechen des Direktors Haas an Zeitungen gab und damit die gesamte Presse erst alarmierte. Er kann sich auch nicht mehr erinnern, daß er in Badesehen Interviews gewährte und noch weniger, daß sein Mund das große Wort geprägt hat: „Sieht so ein Mörder aus?“

Diesem Kriminalkommissar auf die Sprünge zu kommen und die Rollen aufzuklären, die der Privatdetektiv Grau und der Steuerinspektor Liebing gespielt haben, kann den Disziplinarbehörden bei gutem Willen, einigem Geschick und einiger Energie nicht misslingen. Härtere Mäße wird der „Fall Kölling-Hoffmann“ zu knochen geben. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Untersuchung beim Oberlandesgericht Rumburg nicht gegen Kölling-Hoffmann, sondern gegen die preussischen Verwaltungsbehörden geführt wird. Die Mitteilungen aus Rumburg und dazu die Haltung der deutschen Richter, eine lassen es geraten sein, sich auf einen Richterkrieg gegen die preussische Staatsverwaltung zu fassen zu machen. Nicht Triumph des Rechts scheint das Ziel gewisser Richterkreise zu sein, sondern Triumph der Richter über den Staat. Gerade den Magdeburger Fall zum Ausgangspunkt eines Richterkampfes zu machen, zeigt gerade nicht davon, daß politische Klugheit in den deutschen Richtern der Frau Justitia wohnt. Die Fawerkdorff, Hoffmann und Kölling sind leider nicht nur in Magdeburg zu finden.

Gegen die Verleumdung.

Das parlamentarische Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalistische Korrespondenz“, schreibt am Dienstag zu den neuesten Verleumdungen gegen den preussischen Innenminister:

Wo ist der Politiker mit normalem Verstand und gesundem Sinnen, der denartiges dem preussischen Innenminister zuzurechnen wolle? Wir haben das System Severing oft genug bekämpft, aber gerade deshalb auch anerkannt, daß Severing ein Mann von politischem Format und zweifellos freier moralischer Qualität ist. Offen wir, daß der neueste „Fall Severing“ durch die fast allgemeine Ablehnung, die das Vorgehen Schlichtings und seiner Gehirnschwärmer gefunden hat, zu einer Fejderung der politischen Sitten führt. Es sollte auch in Deutschland feindseligerhändig sein, die persönliche Unantastbarkeit des politischen Gegners anzugreifen.

Das Organ der Volkspartei ruft auf zu einer „Einheitsfront aller Ungebildeten“, eine bestechende Nebenbarn, die man in der Augsburger-Presse als Kampfruf gegen Severing jeden Tag hört finden kann.

Der unpolitische Stahlhelm.

Zu der Teilnahme vom Angehörigen der Reichswehr an dem Sportfest des Stahlhelms im Pommern erklärt das Reichswehrministerium, daß nicht die 7. Kompanie des 3. Infanterie-Regiments, sondern nur einzelne Leute an der Sportveranstaltung teilgenommen haben. Es habe sich bei der Veranstaltung nur um ein Vereinstourneement mit völlig unpolitischem Charakter gehandelt.

Das ist eine sehr bequeme, aber gerade darum nicht haltbare Ausrede. Der Stahlhelm läßt seine Bundeszeitung erklären, der „Weg zur Freiheit“ gehe nur über die Leiche der Weimarer Verfassung. Er beschimpft diese Verfassung als „Areal“, als Mißgeburt! Aber die Reichswehrsoldaten und -offiziere, die auf die Weimarer Verfassung vereidigt sind, dürfen an den Veranstaltungen dieses „unpolitischen“ Vereins teilnehmen, während ihnen jede Beteiligung am Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der republikanischen Schutzorganisation, strengstens verboten ist.

Keine revolutionäre Honigblüte.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben:

Die kommunistische Presse behauptet schon wochenlang, daß der Lehrer Weber in Offenbach wegen Verbreitung der „Zurlehre“, der Mensch stamme aus dem Tierreich, seines Amtes enthoben worden sei. Diese Behauptung wird natürlich mit Angriffen gegen die heftige Regierung verknüpft, obwohl sie von zuständiger Stelle schon wiederholt als unbegründet widerlegt worden ist.

Der Lehrer Weber, der Mitglied der Kommunistischen Partei ist, wurde vor einigen Monaten von einem kleinen entlegenen Gebirgsdörfchen nach Offenbach am Main versetzt. In Offenbach hat Weber mit einer Schulfachkollegin in auffälliger Weise ein Liebesverhältnis unterhalten. Seine Frau strengte deshalb gegen ihn die Ehescheidungsklage an und Weber heiratete dann seine Geliebte.

Die schwersten Verfehlungen hat sich Weber im Dienste zuschulden kommen lassen. Die heftige oberste Schulbehörde sah sich deshalb veranlaßt, gegen ihn ein Disziplinarverfahren zu eröffnen und ihn vorläufig von seinem Amt abzurufen, ohne daß die für ihn aus seiner Amtstellung sich ergebenden Rechte geschmälert worden wären. Diese Maßnahme hat mit der Zugehörigkeit Webers zum Verein der Freidenker nicht das geringste zu tun. Es kann schon heute gesagt werden, daß die kommunistische Presse aus dem abschließenden Ergebnis der Untersuchung gegen Weber keinen Honig zu saugen vermag.

Der höfliche Dollarontel.

Der amerikanische Staatssekretär Mellon hat am Dienstag dem Außenminister Briand und nachmittags den am Morgen von seinem Landgut Campigny heimgekehrten Ministerpräsidenten Poincaré einen Besuch abgestattet.

Die Pariser Presse legt diesem Besuch eine größere politische Bedeutung bei, trotzdem Mellon selbst bei dem Verlassen des Quai d'Orsay erklärte, es habe sich um reine Höflichkeitshandlung gehandelt. Ueber den Inhalt der Besprechungen ist Näheres nicht bekannt geworden. Man vermutet nur, daß Briand und Poincaré Mellon um seine Ansicht darüber befragten, wie er glaube, daß evtl. französische Vorschläge auf Abänderung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens in Kreisen der Schuldenkommission des Senats in Washington aufgenommen würden. Außerdem sollen Briand und Poincaré betont haben, daß mehrere Minister des Kabinetts Poincaré und die große Mehrzahl der Abgeordneten einer Ratifikation des Abkommens in der gegenwärtigen Form durchaus feindlich gegenüberstünden.

Es ist sehr zweifelhaft, ob Mellon der französischen Regierung da irgendwelche Hoffnungen gemacht hat, wenn auch die Blätter ein Telegramm der Pariser Radio-Agentur groß wiedergeben, nach dem eine „autorisierte Persönlichkeit“ des Reiches Hauser erklärt habe, eine französische Initiative auf Revision des Schuldenabkommens würde im gegenwärtigen Augenblick in Washington einer günstigen Aufnahme sicher sein können.

Sangertongferenz abgelehnt.

Am Dienstag ist von der englischen und der französischen Regierung je eine gesonderte Antwort auf die spanische Langernote erteilt worden. Der Inhalt dieser beiden Noten stimmt in den wesentlichen Teilen völlig überein. Die geforderte unbeschränkte Herrschaft Spaniens über Langer wird abgelehnt und die Anregung einer Langer-Konferenz mit der Teilnahme aller am Algerira-Abkommen beteiligten Staaten verworfen. Die französische und englische Regierung erklären sich aber entgegen ihrem anfänglichen völlig ablehnenden Standpunkt bereit, mit Spanien über alle möglichen Änderungen des Langer-Statuts zu verhandeln.

Diese Verhandlungen werden in Wirklichkeit schon seit mehreren Wochen zwischen den Regierungen in Paris, London und Madrid geführt, ohne daß bis jetzt ein Ergebnis erzielt worden wäre. Der vor wenigen Wochen demonstrativ abgeschlossene spanisch-italienische Freundschaftsvertrag dürfte an diesem negativen Ausgang einen wesentlichen Anteil haben. Spanien scheint über den veröffentlichten Text dieses Vertrags hinaus gegenüber Italien bestimmte Forderungen in bezug auf dessen Mittelmeerpolitik eingegangen zu sein, die faschistische Politik geht offensichtlich dahin, den lang erstrebten erweiterten Einfluß im Mittelmeer durchzusetzen und sich zunächst auf ganz bestimmten Gründen in die Verhandlungen zwischen Paris, London und Madrid einzuschalten. Das veranlaßt England und Frankreich aus machtpolitischen Gründen unter allen Umständen zu vermeiden, und es ergibt sich so für Spanien die unerwünschte Situation, daß es zwar auf bestimmte Zugeständnisse in Langer rechnen kann, aber von sich aus diese Konzessionen unter dem italienischen Druck und gemäß einem Versprechen an Mussolini vorläufig noch als unbefriedigend ablehnen muß. Der spanische Diktator ist so in eine Lage hineingemantelt worden, die im Augenblick für Spanien weder eine Befriedigung der Ansprüche in Langer noch im Genf in Aussicht stellt.

Die spanischen Ansprüche auf einen ständigen Ratssitz waren von jeder Seite als unzulässig. Die bisherige Debatte der Studienkommission hat ebenfalls wieder

gezeigt, daß weder die großen noch die kleinen Staaten an einen ständigen Ratssitz für Spanien denken. Auch Polen hat auf seine wiederholten offiziellen Forderungen nach einem ständigen Ratssitz stillschweigend verzichtet und wird sich mit einem nicht ständigen Mandat unter gewissen Garantien für die Wiederherstellbarkeit zufriedengeben. Die in dieser Hinsicht in Genf ausgetauschten Schwierigkeiten sind zwar bedauerlich, aber nicht sehr wesentlicher Natur. An dem Gesamtergebnis der dortigen Beratungen dürfte sich im Vergleich zu den Maibeschlüssen der Studienkommission wenig ändern, so daß voraussichtlich die Schaffung eines ständigen Ratssitzes allein für Deutschland beschloffen wird und außerdem drei nichtständige Sitze geschaffen werden. Der Völkerbundrat wird dieses Verhandlungsergebnis sicher ohne weiteres annehmen und der Vollversammlung ebenfalls zur Annahme empfehlen.

Notizen.

Oberschlesischer Schulprotest beim Völkerbund. Der Deutsche Völkerbund zur Wahrung der Minderheitsrechte in Ostoberschlesien hat sich mit einem Protest an den Völkerbund gewandt, weil die Nationaler Woiwodschaft die Bestimmungen des Genfer Abkommens verletzt hat, indem 90 Prozent der Anträge auf Einziehung in die deutschen Minderheitsschulen zurückgewiesen wurden. Der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, hat sich bereits dahin ausgesprochen, daß wichtige Verordnungen der Woiwodschaft in der Schulfrage gegen das Genfer Abkommen verstoßen. Eine rechtsgültige Entscheidung steht jedoch nur dem Völkerbund zu.

Primos Schwierigkeiten. Die Meldungen englischer Blätter, daß in Spanien Unruhen ausgebrochen seien, werden amtlich dementiert, doch bestätigt sich, daß die Spannung zwischen Primo de Rivera und den Artillerieoffizieren bei weitem noch nicht beigelegt ist. Primo de Rivera hat jüngst eine Verordnung herausgegeben, nach der die Beförderung nicht mehr nach den Dienstjahren, sondern nach der Wahl der Regierung erfolgen soll. Die Artillerieoffiziersverbände haben gegen diese Verordnung protestiert und droht, sich mit Gewalt gegen die Anwendung aufzulehnen. Primo de Rivera hatte darauf einen Ministerrat einberufen, der über Sanktionen zu beschließen hatte. Es gelang dem König jedoch, die Anwendung dieser Sanktionen und die Lösung des Konfliktes auf später zu verschieben.

Sieg der Kantonnarmee. Eine Mitteilung aus China besagt, der Generalissimo der Kantonnarmee, Tschiangkai-schek, habe telegraphiert, seine Truppen hätten am 26. August Wutschang erobert und am selben Abend Hantau besetzt. Das Telegramm fügt hinzu, daß bei der Rückkehr des Kantonnarmees der Richtung Wutschang drei Divisionen der Armee Wupeifus Hantau räumten, nachdem sie die Eingebornenfriedung geplündert hätten.

Befing bricht mit Moskau. Wie die Agentur Indo Pacific aus Befing berichtet, hat, nachdem die Moskauer Regierung es abgelehnt hat, den Postkoffer Karachan abzugeben, die chinesische Regierung beschlossen, dem Sowjetbotschafter seine Pässe zuzustellen. Botschafter Karachan ist zur Verhinderung nach Moskau berufen worden.

Zusammenstöße im Wilnagebiet. Im Wilnagebiet kam es unweit der litauischen Grenze zu blutigen Zusammenstößen zwischen Bauern und polnischen Soldaten. Dabei wurde ein Soldat getötet, während bei Augustowo ein Einwohner von polnischen Soldaten getötet wurde. Die polnischen Behörden haben Massenverhaftungen vorgenommen.

Moskauer Fliegerzentrale. Die systematische Amisenthaltung von Anhängern der Opposition gegen die russische Regierungspolitik beschränkt sich nicht nur auf die oppositionellen Spitzen. Es wird jetzt bekannt, daß seit dem letzten Parteitag bis zum 10. August insgesamt 106 höhere Sowjetbeamte freilos aus dem Dienst entlassen wurden. Eine Entscheidung darüber, ob diese Beamten weiterhin in der kommunistischen Partei verbleiben dürfen, ist noch nicht gefallen.

Depeschen.

Der Ruhr-Schiedspruch verbindlich.

Berlin, 1. September. Der Schiedspruch vom 27. August ist auf Antrag der Arbeitgeberverbände vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Damit sind die Löhne für den Ruhrkohlenbergbau für längere Zeit geregelt.

Frau Scheidemann gestorben.

Berlin, 1. September. (Radio.) Schwerees Leid ist Philipp Scheidemann widerfahren. Seine Frau Johanna, die ihm 37 Jahre lang eine ebenso treue wie tapfere Gefährtin war, ist am Vormittag des 1. September infolge eines Schlaganfalls, den sie tags zuvor erlitten hat, verstorben.

Drei Bergarbeiter eingeschlossen.

W. Berlin, 1. September. Die „Städtische Morgenpost“ meldet aus Katowitz: Während der gestrigen Vorkantonschicht rüchten aus der Braunkohle auf der Leopoldgrube bei Katowitz zwei mit Kohlen beladene Wagen ab und fuhren mit großer Gewalt meinander. Durch den gewaltigen Impact wurde ein Pfeiler getrümmert und stürzte zusammen. Von den neben dort arbeitenden Bergleuten gelang es dreien, sich aus den Raffen herauszuheben. Die übrigen vier blieben eingeschlossen.

Die Rettungskolonnen begab sich sofort an den Unfallort und konnte nach heftigster Arbeit einen der Verletzten hervorholen, der nur leichte Verletzungen erlitten hatte. Später gelang es, einen der eingeschlossenen Bergarbeiter als Leiche zu bergen. Die beiden andern Verletzten konnten bisher aus ihrer Lage nicht befreit werden. Es muß daher mit ihrem Tode gerechnet werden.

Berliner Statistika.

Berlin, 1. September. Wie die „Neue Berliner Zeitung“ meldet, fand man in der vergangener Nacht im Herringergrundraum der Postagentur in Leuder bei Reutend die Briefmeisterin und ihre Mutter mit durchgeschnittener Kehle auf. Die Ermittlung ergab, daß etwa 400 Mk. Postgelder fehlten. Die Verbrecher flüchteten und brachen nach in der Reutend in die Postagentur in Haslach bei Reutend ein, wo sie einen Bargeldbetrag von 800 Mark erbeuteten. Dem gleichen Tatverlauf folgte in einer Schandwirtschaft nach einem Streit ein Berliner Lehrer auf seine Frau mehrere Schüsse ab. Ob er daran gehindert werden konnte, setzte der Lehrer seinem Leben durch einen Kopfschuß ein Ende.

Ein Autokiller erschossen.

Berlin, 1. September. Ein 50 Jahre alter Autokiller wurde gestern von einem Polizeibeamten tödlich in den Unterleib getroffen. Das Auto fuhr gegen einen Mann und wurde vollständig zerrümmert. Der Führer erlitt außer der Schenkelverletzung noch einen Schädelbruch und konnte nicht mehr gehend werden. Der Fahrer wurde in Haft genommen.

Schwere Autounfälle.

Berlin, 1. September. Gestern nachmittag wurde am Bahnhof Genf ein schwerer Unfall. Ein Auto von einer Lokomotive erlitt eine weite Strecke ungeschützt. Während der Abfahrt nur leichte Verletzungen erlitt, wurde ein 14jähriger Knabe auf der Stelle getötet.

Das alte Schleusenwärterhäuschen.

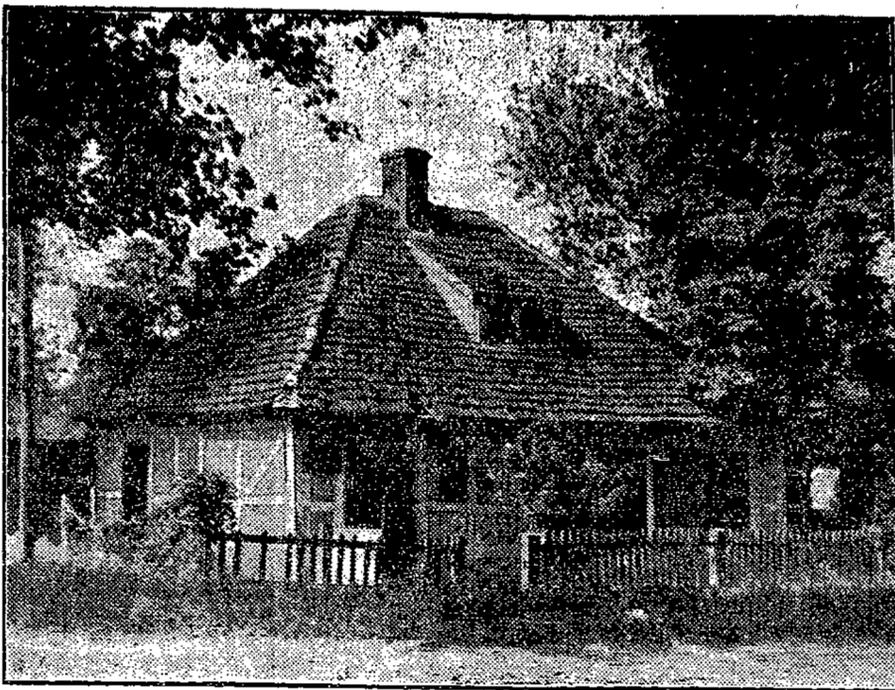
Wandert man, von der Strombrücke kommend, am stillen Elbufer und den Nesten der Zitabelle entlang, dem Stadtmaarsch zu, so sieht man hinter dem Eintracht-Sportplatz auf ein altes haufälliges Häuschen, das von der Straßenseite durch eine rohe Platte gesichert ist. Wenige nur mögen diesen alten, morschen Bau schon näher beäugelt haben oder nach seinem Ursprung gefragt haben.

Es war zur Zeit des Alten Fritz, als die Elbeschiffahrt einen großen Aufschwung nahm. Viel trug auch die starke Salzabfuhr von den königlichen Salinen Schönebeck nach allen Provinzen und darüber hinaus, die ausschließlich auf dem Wasserweg erfolgte, zur Hebung und Vergrößerung des Schiffaparates bei. Und immer scheinen die Strombrücken die Schmerzenskinder der Schifffahrt gewesen zu sein, wie ja auch heute noch. So auch die zur damaligen Zeit die Ufer des Flusses verbindende Holzbrücke, welche außer von einem maßigen noch von sechs Holzpfählen getragen wurde.

Wenn auch zur damaligen Zeit die Fahrzeuge bedeutend kleiner als die heutigen waren, so bildeten die Brücken immer schon ein gefährliches Hindernis. Das sah auch die damalige Regierung ein und wohl um die Sicherheit der königlichen Salzfischfahrt wegen hauptsächlich ordnete sie auf Staatskosten die Erbauung eines Verbindungskanales nebst Schleuse zur Jollebe hin an, damit die Fahrzeuge auf diesem Wege das gefährliche Hindernis (Strombrücke) umgehen konnten.

Im Jahre 1747 war das Werk auch vollendet bei einem Kostenaufwand von 16- bis 17000 Talern und wurde dem Verkehr übergeben. Ein Schleusenwärter, der im obigen

Häuschen wohnte, welches dicht an der Schleuse lag, mußte von jedem Fahrzeug — je nach Größe und Ladung — Schleusengeld erheben, das dem Staate zuzufloß.



Heute ist nun das alte morsche Schleusenwärterhäuschen das einzige Ueberbleibsel jener Schleuse — der einzigen Zeuge. Bald wird es abgebrochen werden und verschwinden und wieder wird Magdeburg um ein historisches Zeitdenkmal ärmer sein.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. September 1926.

Der Geiger in der 4. Klasse.

Jetzt den Geigenkasten unter den Arm geklemmt, von seinem Kocherchen geführt, besteigt ein Blinder den Zug. Mit kurzem Knick zieht der Zug an und sucht sich ratternd den Weg durch das Schienengewirr des Bahnhofes. In den Räum klirrt plötzlich eine Geige. Hoch aufgedreht steht der Spieler im Durchgang zum andern Abteil. Sehlos starren die Augen ins Leere. Spielend greifen die durchsichtigen Finger über die Saiten. Mit einer Variante wird die Ueberleitung von dem schmalzigen Schläger zu einem gefühlvollen Tiede von Schnurstrich und Klage geschafften. Zouperle reißt sich an Zouperle. Es bildet sich eine klinkende Kette, die in dem müßternen Wagenabteil wie ein Schmutz erschein, den alle Menschen tragen. Die Augen, sonst Spiegel des Jammers, deren Glanz von den verborgenen Schwingen flücht, sind bei dem Spieler erloschen. Er spielt, sieht nichts von der Sonne und andern heimlichen Leuchten. Spielt um sein Stück Brot.

Vittend und dankend geht die ärmliche Menge umher. Wohl sind in der 4. Klasse auch nur ärmere Leute, die eigentlich nichts zum Verschwenken haben, aber sie geben. Die Bremsen des Zuges geben an, die nächste Station ist erreicht. Schnell greift das Mädchen die Hand des Vaters, um mit ihm einen andern Wagen zu besteigen. So geht es Tag für Tag, Sommer und Winter.

Diese und ähnliche Bilder lehren auf Eisenbahnstationen in der 4. Klasse immer wieder. Arme Menschen sind es, die sich mit ihren Händen dem Lebensunterhalt verdienen müssen. Es gibt selbstverständlich Fahrgäste, denen dieses dauernde Applikanten an die Willkürigkeit allmählich zur Last wird, die sich deshalb beschweren. Die Reichsbahndirektion Magdeburg wendet sich deshalb an die Öffentlichkeit mit folgender Erklärung:

Um die Reisenden vor diesen Belästigungen, die ihnen verboten sind, zu schützen, ersuchen wir das reisende Publikum, herabzuwürdigen und nicht zu unterstützen, auch das Personal nicht beim Einschreiten zu hindern.

Das Insperjonal handelt selbstverständlich pflichtgemäß, wenn es das Musikzieren in dem Wagen verbietet. Wenn es auch hart erscheint und häufig Fahrgäste veranlaßt, gegen die Beamten Stellung zu nehmen. Das ist ein Unrecht gegen die Beamten, die ja nichts weiter tun, als die Anordnungen ausführen, die ihnen gegeben werden. Im allgemeinen kann man aber nur wünschen: Seid nicht zu streng gegen die Musikanten in der 4. Klasse.

Niederanfahrverfahren im Alter Schifferwörterbuch?

Zur November 1925 wurde der wegen schwerer Raubes mit mehreren Jahren Zuchthaus bestrafte Schmied Willi Straube aus Alen wegen vollendeten Totschlags an den beiden Bootskleuten Teichert und Hesse, die mit ihrem Kahn in dem Alener Hafen lagen, vom Magdeburger Schwurgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die schwere That hat damals in der Alener Bevölkerung sehr große Erregung hervorgerufen, noch dazu kurz vorher gleichfalls in der Nähe von Alen mehrere schwere Raubüberfälle verübt worden waren. Der Tat verdächtig war der Schmied Willi Straube, der, nach Verurteilung vom Magdeburger Landgericht wegen mehrerer schwerer Raubüberfälle zu 9 Jahren Zuchthaus, aus dem Magdeburger Gerichtsgefängnis entlassen und nach Belgien entwichen konnte. Die belgische Regierung ließerte schließlich wegen des Verdachtes des Doppelmordes Straube an die deutsche Regierung aus, so daß Straube zunächst zur Verhängung der verhängten 9 Jahre Zuchthaus herangezogen werden konnte, ausgedem konnte aber gleichfalls gegen ihn die Voruntersuchung wegen Raubes durchgeführt werden. Das Ergebnis der Voruntersuchung war schließlich die Verurteilung des Straubes wegen vollendeten Totschlags in zwei Fällen zu lebenslänglichem Zuchthausstrafe.

Als Hauptzeugin in dem Prozeß vor dem Magdeburger Schwurgericht trat eine damals 16 Jahre alte Frieda Schwarzkopf aus Alen auf, die gesehen haben will, wie der Angeklagte Straube den Bootskleuten Hesse eigenhändig erschossen hat. Vor dem Schwurgericht machte die Zeugin, die fittlich in keinem guten Ruße steht und sich häufig des Abends und auch des Nachts im Alener Jagengelände herumtrieb, etwa folgende Aussage:

Am Abend des 16. April 1923 bin ich mit Marie Franke an der Elbe gewesen und habe die Schiffsbesatzung eines Kahnbesitzeren. Als die Frauen der Schiffer deswegen schimpften und Miene machten, an Land zu kommen, sind wir ausgerückt. Meine Freundin wollte ins Kino. Da ich kein Geld hatte, schlenderte ich allein durch die Straßen und landete wieder an der Elbe. Dort kamen mir plötzlich vier Männer entgegen, von denen ich nur Franz Straube (ein Bruder des Verurteilten) und Teichert (einer der Ermordeten) kannte. Der eine Unbekannte forderte mich auf, Hesse (der zweite Ermordete) aus dem Kahn herauszurufen. Ich sagte dem Mann erst, daß er selbst hingehen solle, tat ihm aber dann den Gefallen. Hesse kam sofort mit. Als wir wieder an die Stelle kamen, waren die Männer verschwunden. Hesse schimpfte mich noch aus, sagte mir aber dann, ich sollte doch mit auf den Kahn kommen. Das tat ich. Ich treute mich noch über die Santheit im Kahn und sah ein Schützenrohr, das mir Hesse anbot. Plötzlich hörte ich auf dem Landweg Schritte. Ich glaubte das sei Straube, der Schiffsbesitzer, und verpöchte mich hinter der Kajütentreppe. Zu meinem Schrecken sah ich aber, daß der Unbekannte von dort kam und hinter ihm Teichert. Der Unbekannte kam mit Hesse in ein Boot und forderte von ihm die Herausgabe der Schiffe. Weil sich Hesse weigerte, gerieten die beiden Männer aneinander und schlugen sich. Da der Fremde bei diesem Kampfe den kürzeren zu ziehen schien, kam plötzlich Teichert hinzugestritten. Der sah bis zu diesem Augenblick im Schlafraum versteckt gehalten hatte. Dann brachte ein Schuß. Hesse griff sich an die rechte Kopfseite. Ob er verletzt worden ist, kann ich jedoch nicht sagen.

Aus Angst sprang ich in ein Boot — der Laufweg war weggenommen worden — und eilte nach Hause. In der Hitze des Gefechtes haben mich die beiden Männer beim Weglaufen nicht gesehen. Sie drehten mir auch den Rücken zu. Aus Angst, daß mir etwas passieren könnte, habe ich zunächst über meine Beobachtungen geschwiegen. Einige Tage später machte ich aber doch der Polizei davon Mitteilung. Als mir dann eine Photographie gezeigt wurde, erkannte ich in dem Fremden Willi Straube. Ich bleibe auch heute dabei. Der Mann der damals mit dem Bootskleuten Hesse im Streit geraten war, war der heutige Angeklagte Willi Straube. Von dem, was ich heute gesagt habe, ist jedes Wort wahr!

Der letzte Satz ist an dieser Aussage besonders wichtig. Die Zeugin hat nämlich in der Voruntersuchung ihre Aussage mehr als ein Duzendmal geändert. Einmal hat sie versichert, daß sie den Fremden wiedererkenne, ein andermal hat sie das wieder verneint. In einigen andern Fällen hat sie ihre ehemaligen Bekannten mit in die Nordische Hinergezogen, nur weil die jungen Leute ihr untrau geworden waren. Die Gerichte hatten gegen die dauernde Widerrufung der gemachten Aussagen nicht die geringste Handhabe, da die Zeugin damals noch nicht 16 Jahre alt, also auch nicht eideschwörig war. Als sie schließlich das eideschwörige Alter erreicht hatte, legte sie sich auf eine Aussage fest und beschwor diese Aussage auch vor dem Schwurgericht. Dieser Eideschwörung gingen fast dramatische Szenen voraus. Der damalige Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Löwenthal, ermahnte die Zeugin unzähligmal, nur die unbedingte Wahrheit zu sagen, da von ihrer Aussage möglicherweise das Leben eines Menschen abhänge und sie sich selbst in namenloses Unheil stürzen würde. Alle Ermahnungen änderten nichts an der Aussage der Zeugin. Sie blieb dabei, den Angeklagten Straube als den Täter wiederzuerkennen und beschwor das auch.

Straube wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Wenn es auch in der damaligen Urteilsbegründung hieß, daß entscheidend für das Urteil nicht nur die Aussage der Schwarzkopf war, sondern auch die übrigen Verhandlungsmomente eine sehr große Rolle bei dem Schuldspruch gespielt hätten, so ändert das daran aber absolut nichts, daß Straube in der Hauptsache doch auf das eideschwörige Zeugnis der Schwarzkopf auf lebenslänglichem Zuchthaus gestützt wurde. Straube selbst hat dies zum letzten Augenblick die Schuld bestritten, er hat nach Verurteilung der Aussage der Schwarzkopf bezweifelnd in dem Saal geäußert: „Das Weib phantasiert!“ und hat nach Verurteilung des Urteils noch bezweifelnd geäußert: „Justizmord, Justizmord!“

Fast 1 Jahr ist seit dem Schwurgerichtsurteil ins Land gegangen. Straube hat sein Glück durch ein Wiederanfahrverfahren versucht, hat aber damit bisher nur wenig Glück gehabt. Seine ganze Persönlichkeit und dann die bestimmten Aussagen der Schwarzkopf waren nicht dazu angetan, daß die oberste Justizbehörde von der Richtigkeit des Straube zu überzeugen wäre. Die

Verhandlung hat auch in der Tat eine bemerkliche Fülle von belastenden Indizien ergeben, daß damit ein Schuldspruch zu rechtfertigen war. Die Schwarzkopf des Verurteilten hat später 1000 Mark Belohnung ausgeführt, um Entlastungszeugen für ihren Bruder zu suchen. Alles war bisher vergeblich.

Erst in diesen Tagen erhielt der Stand des Verfahrens eine Wendung. Ein Zuchthausgenosse des Straube hat nach seiner Entlassung aus dem Lichtenburger Zuchthaus im Auftrag des Straube die Schwarzkopf ausgesucht, die sich in Klein-Rübs aufhielt und hat sie gefragt, ob sie ihre vor dem Schwurgericht abgegebenen Aussagen auch jetzt noch aufrechterhalten würde. Nach langem Zögern hat die Schwarzkopf schließlich dem Mann erklärt: „Nein, ich habe damals die Unwahrheit gesagt!“ Der entlassene Strafgefangene ist darauf mit der Schwarzkopf zum Amtsrichter in Klein-Rübs gegangen und hat den Widerruf der früheren Aussagen zu Protokoll nehmen lassen. Am 28. August wurde daraufhin die Schwarzkopf unter dem Verdacht des Meineids in Untersuchungshaft genommen. Sie wurde sofort nach Magdeburg geschickt und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Auch dem Untersuchungsrichter hat die Schwarzkopf, trotzdem ihr die schweren Zuchthausstrafen vorgehalten wurden, die auf Meineid ruhen, erklärt: „Ich habe vor dem Schwurgericht die Unwahrheit gesagt und Straube zu Unrecht belastet!“ Bei dieser Darstellung ist die Schwarzkopf schließlich geblieben, bis sie am Montag dieser Woche abermals vom Untersuchungsrichter vernommen worden ist, bei welcher Gelegenheit sie auch mehreren Zeugen von damals gegenübergestellt wurde, und schließlich nun wieder erklärte: „Meine Aussage, damals einen Meineid geleistet zu haben, nehme ich wieder zurück!“ Dieser Satz war das Ergebnis einer 4stündigen Vernehmung durch den Magdeburger Untersuchungsrichter.

Selbstverständlich wird die Unternehmung weiter ihren Fortgang nehmen, noch dazu in feiner Weise gefürt worden ist, weshalb die Schwarzkopf sich plötzlich selbst eines so schweren Verbrechens bezichtigt und dann schließlich nach einigen Tagen wieder ihre Selbstbezichtigung in Wausch und Bogen zurücknimmt. Das ist ungefähr dasselbe System, das die Angeklagte schon vor nunmehr 3 Jahren in der Voruntersuchung der Straubeischen Mordtatsache angewandt hat. Heute so, morgen wieder anders! Eine Reihe von Zeugen soll in der Angelegenheit noch gehört werden, darunter auch der Berliner Kriminalkommissar Busdorf. Sollte die Schwarzkopf ihre Selbstbezichtigung doch noch aufrechterhalten, so ist sicher damit zu rechnen, daß nach Abschluß des Meineidsverfahrens gegen die Schwarzkopf, ein Wiederanfahrverfahren gegen Willi Straube in Gang kommen wird. — Am Dienstag wurde die Schwarzkopf aus der Untersuchungshaft wieder entlassen, nachdem sie noch einmal befragt hat, in der fraglichen Schwurgerichtsverhandlung keinen Meineid geleistet zu haben.

Zunächst ist über diese Angelegenheit nichts weiter zu jagen! Es bleibt abzuwarten, was die Schwarzkopf in den kommenden Tagen für ein Verhalten einzuschlagen gedenkt. Mag sie bei dem Widerruf ihrer Selbstbezichtigung bleiben oder nicht, ein Meineidsverfahren muß nach Lage der Dinge unbedingt gegen die Schwarzkopf anhängig gemacht werden. Auch dem schwersten Verbrecher muß in einem Rechtsstaat sein Recht zuteil werden. nn.

Eine Frauenmilk-Sammelstelle.

Eine im besten Sinne neuzeitlich ausgebaute und arbeitende Waisenfamilienpflege heißt Lübeck. Da es in manchen Fällen zur Erhaltung des Säuglings unerlässlich ist, ihm Brustmilch zu verschaffen, obgleich die Mutter dazu nicht imstande ist, wurde auf Veranlassung von Professor Dr. Moll in Lübeck eine Frauenmilk-Sammelstelle im Anschluß an die städtische Waisenküche im Kinderhospital eröffnet. Die Fütterung der eingewickelten Frauenmilch erfolgt in erster Linie an das Kinderhospital. Die Sammlung ist aus Erparnisgründen den Schülerinnen der staatlichen Sänglingspflegeschule übertragen. Jede Schülerin hat einen Monat lang diese Tätigkeit auszuüben. In der Bewältigung dieser Tätigkeit wird man zunächst auf Widerstand gegen diese Einrichtung. Aber bald nahm das Vorurteil ab und die Abgabebereitschaft zu. Zeitweise lag ein Ueberangebot von Frauenmilk vor. Eine ärztliche Untersuchung der Frauen wurde für überflüssig erachtet, da die Milch nur sterilisiert zur Verwendung kommt. Verjuche, sie zu konzentrieren, mißlang.

Im Jahre 1924 haben von 1071 stillenden Müttern 37, d. h. 345 Prozent, im Jahre 1925 von 1272 stillenden Frauen 70, also 5,55 Prozent, für die Sammelstelle Brustmilch abgegeben; im Jahre 1925 kamen 433 Liter ein. Es sei besonders erwähnt, daß die Sammelstelle zeitweise finanziell mit Ueberfluß gearbeitet hat, was für eine im Dienste der Fürsorge stehende Einrichtung immerhin eine Seltenheit ist. Der Preis für das Liter beträgt jetzt 2 Mark.

Gerichtsentheide in Mieterstreitigkeiten.

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ gibt folgende neuere Rechtsentscheidungen des Kammergerichts in Mieterstreitigkeiten bekannt:

1. Das Mietvertragsamt kann bei Festsetzung des Zwangsmitvertrags ohne Zustimmung der Gemeinde oder der Gemeindebehörde anordnen, daß die Gemeinde amteile des Wohnungsuchenden als Mieter gilt.
2. Ist die Gemeinde im Zwangsmitvertrag als Mieter bezeichnet, so steht ihr ein Widerspruch gegen den Zwangsmitvertrag nicht zu (9. 7. 1926; 17. Y. 70/26).
3. Festsetzung der Friedensmiete nach § 2 Abs. 4 des Mietengesetzes kann nicht erfolgen wegen einer Verschlechterung des Mietraums, deren Befreiung der Mieter nach bürgerlichem Rechte beanspruchen kann (9. 7. 1926; 17. Y. 73/26).
4. Der Festsetzung eines Zwangsmitvertrags mit dem Verfügungsberechtigten steht es nicht entgegen, wenn dieser trotz der ihm gegenüber erfolgten Inanspruchnahme die Räume einem Dritten überlassen hat (9. 7. 1926; 17. Y. 78/26).

Das Kammergericht zu Aufwertungsfragen

Das Kammergericht hat in letzter Zeit eine Reihe von Entscheidungen in Aufwertungsfragen getroffen, von denen der „Amtliche Preussische Pressedienst“ einige, die von allgemeinem öffentlichem Interesse sind, wiedergibt. So folgte der 1. Zivilsenat am 24. Juni 1926 (I. X. 418/26) den folgenden Beschlüssen: Dem Rechtsinhaber im Sinne von § 7 Abs. 4 Satz 1 A.O. sind gleichzeitigen Vorvermerken zur Sicherung des Anspruchs auf Einräumung wertvermindernder Rechte. — Derselbe Zivilsenat folgte am 3. Juli 1926 (I. X. 405/26) den Beschlüssen: In eine Hypothek vom Gläubiger unter den Voraussetzungen des § 17 Abs. 2 abgetreten, nach der Eintragung der Abtretung aber das Grundbuch durch Rechtsnachfolger auf einen neuen Eigentümer übergegangen, so haben dem Erwerber gegenüber dem Aufwertungs- und Wiederertragsanspruch des Gläubigers die Vorschriften über den öffentlichen Gläubiger des Grundbuchs nur dann nicht zur Seite, wenn er entweder einen vom Gläubiger bei der Annahme der Abtretung erklärten Vorbehalt oder den in die Zeit nach dem 14. Juni 1926 fallenden Zeitpunkt der Annahme und außerdem die rechtliche Bedeutung dieser Vorgänge als der Grundbuchs der Aufwertungsanspruch, insbesondere auch das Grundbuchs einer Aufwertung gegenüber dem Gläubiger, geltend hat. Nicht in Betracht kommt grundsätzlich, ob der Eigentümerswechsel vor oder nach dem Inkrafttreten der dritten Grundbuchsverordnung stattgefunden hat, und ob im maßgebenden Zeitpunkt ein Aufwertungsbeitrag für den Fiskus schon eingetragener war oder nicht.

Am 8. Juli 1926 folgte der 5. Zivilsenat (I. X. III. 405/26) den folgenden Beschlüssen: In die Hypothek für die Auf-

Nachrichten aus der Provinz.

Der deutsche Landgemeindegtag.

Am 20. August begann in Mainz der dritte deutsche Landgemeindegtag. Wohl 1000 Vertreter der Landgemeinden waren nach Mainz gekommen, um gemeinsam zu beraten, wie die deutschen Landgemeinden lebensfähig erhalten werden können und wie sie sich wieder zur Selbstständigkeit emporkriechen können.

Es sei aber hier gleich festgestellt, daß der Deutsche Landgemeindegtag seine Aufgaben nicht erfüllen kann, wenn die Delegation uneinheitlich ist und nicht jede ihm angeschlossene Organisation die auf sie entfallende Vertreterzahl entsendet. Die Tagung stand nämlich insofern unter einem ungünstigen Stern, als im Anschluß daran der Hessische Landgemeindegtag tagte, so daß auf dem Deutschen Landgemeindegtag die Vertreter Hessens die Majorität hatten. Es muß deshalb gefordert werden, daß in Zukunft jede Organisation der Landgemeinden eine bestimmte Anzahl Vertreter entsendet, damit die einzelnen Ländergruppen in ihren Fraktionen zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen können. Diese Forderung wurde auch vom Genossen Schimmel zum Ausdruck gebracht.

Die Tagung selbst wurde eröffnet durch Bürgermeister Lange (Weißwasser), der zur heutigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Landgemeinden Stellung nahm und aufforderte, alles zu tun, um die Gemeinden vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz sagte in seiner Begrüßungsrede, daß das besetzte Gebiet und auch die Gemeinden seit Locarno es leichter haben.

Der Geschäftsführer des Deutschen Landgemeindegtags erstattete den Geschäftsbericht und sprach über die Aufgaben des Landgemeindegtags. Die Landgemeinden erwarten, daß ihre Vertreter zu allen Beratungen, soweit daran die Gemeinden interessiert sind, herangezogen werden.

Dann folgte der Hauptvortrag des Vorsitzenden des Verbandes der preussischen Landgemeinden, der Deutschnationale Dr. Gerde, über

Finanzausgleich und Selbständigkeit der Gemeinden.

Dr. Gerde, vor ganz kurzer Zeit noch ein eifriger Verfechter des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer, ist nunmehr angehängt der katastrophalen Wirtschaftskrise zu den ernstesten Kritikern dieser Theorie hinübergewechselt, und die Zeit wird es auch ihn noch lehren, daß das Zuschlagsrecht das ungeeignetste Mittel ist, in absehbarer Zeit die Gemeinden finanziell zu kräftigen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß der Vortrag betrachtet werden. Die Behandlung all der anderen Dinge, wie Verwaltungsreform, Zentralisation der Verwaltung, Eingemeindung usw. zeigte, daß in die leitenden Köpfe der kommunalen Organisationen die Erkenntnis, wenn auch spät, eindringt, daß Gemeindefragen ein untrennbares Ganzes bilden und als solches behandelt werden müssen. Weil aber Finanzfragen die Kernfragen der Landgemeinden und auch der Städte sind, muß immer wieder versucht werden, Regierungen und Parlamente hierfür zu interessieren. Es muß ferner auf die Gefahren hingewiesen werden, die den Kommunen drohen, wenn nicht endlich eine grundlegende Regelung des Finanzausgleichs erfolgt.

Herr Gerde führte aus: Nach den eigenen Angaben des Reichsfinanzministers hat das Reich im Juli d. J. einen Ueberschuß aus den Steuern und Zöllen von rund 100 Millionen Mark, und es sei berechtigt, daß die Gemeinden nun ihrerseits forderten, an diesen Millionen beteiligt zu werden. Aber es scheint so, als ob der Reichsfinanzminister

kein offenes Ohr für die Gemeinden

hätte. Anstatt die Gemeinden finanziell zu bedenken, würden Steuerentlastungen an die Wirtschaft veräußert und das Reich hält sich gesund auf Kosten der Gemeinden. Er sagte aber nicht, daß die ersten Steuerentlastungen sein Parteifreund, der deutschnationale Minister v. Schlichter, durchgeführt hat. Am 1. April 1927 läuft der vorläufige Finanzausgleich ab, aber es weiß noch niemand, wie die Gemeinden im nächsten Jahre ihre Einnahmen berechnen können. Es muß deshalb gefordert werden: entweder gibt man den Gemeinden die Finanzhoheit, also das Zuschlagsrecht, zurück oder man garantiert den Gemeinden eine gewisse Summe, die allerdings höher sein müßte als die jetzige, also höher als 2,1 Milliarden aus der Einkommensteuer und 1,5 Milliarden aus der Umsatzsteuer. Da aber die Parlamente zu langsam arbeiten, müßte man nach bairischem Muster eine kleine Kommission mit der Beratung dieser Dinge betrauen. Länder und Gemeinden müßten darauf dringen, höhere Anteile aus den Steuererträgen zu erhalten, um in erster Linie die

Jürlingervorordnungen durchzuführen

zu können. Diese Forderungen sind Mindestforderungen und können vom Reich erfüllt werden. Die Gemeinden sind die lebendigen Zellen im Staatsverband und haben deshalb Anspruch auf Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche.

In der Aussprache brachten die Redner der sozialdemokratischen Gruppe die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu diesem Fragenkomplex zum Ausdruck. Genosse Trentner (Mühlheim) sprach zur Erwerbslosenfrage und legte eine

Entscheidung vor, die einstimmig dem Vorstande der Tagung überwiesen wurde.

Zum Finanzausgleich sprach temperamentvoll und überzeugend Genosse Riebel (Mühlheim). Er führte aus: Die sozialdemokratische Gruppe des Deutschen Landgemeindegtags sieht in dem

Zuschlagsrecht das ungeeignetste Mittel

zur Befundung der Gemeindefinanzen, weil mit der Wiedererführung des Zuschlagsrechts der steuerlichen Ungerechtigkeit Tür und Tor geöffnet würde. Klein-, Sozialrentner, Erwerbslose und die vom Hochwasser betroffenen Landwirte sind nicht in der Lage, irgendwelche größere Belastung zu tragen. Im übrigen würde das Zuschlagsrecht in Arbeiterwohnungs- und Agrargemeinden den Ruin der einzelnen Erfindungen bedeuten, weil ja Voraussetzung ist, daß erst das Existenzminimum beseitigt werden muß, um die Zuschläge einzuführen. Somit würde der Kampf um die Steuern aus dem Reichstag in die Gemeindeparlamente verlegt, und ist den Gemeinden auf keinen Fall dienlich; es würde zweifellos die Katastrophe der Gemeinden sein.

Angehts dieser Gefahren sei es anerkennenswert, daß in der Beurteilung der Frage des Zuschlagsrechts schon aus manchem Saulus ein Paulus geworden ist. Weil die Gefahren ungeheuer groß sind, lehnt die sozialdemokratische Gruppe die Wiedererführung des Zuschlagsrechts ab. Eine Entscheidung in diesem Sinne wurde einstimmig dem Vorstand überwiesen.

Dr. Riebel (Schlitz) sprach für das Zuschlagsrecht, konnte jedoch keine Anhänger mehr gewinnen. Bürgermeister Lange sagte zusammen, daß die Tagung Früchte bringen wird, wenn jeder einzelne im Interesse der Gemeinden seine Pflicht tut und mithilft, die Gemeinden, im Interesse des Reiches selbst, lebensfähig zu erhalten. W. Schrader (Eichenbarleben).

Kreis Wanzleben.

Gemeindevverwaltung in Groß-Ottersleben.

Die Kommunalpolitik der Nachkriegszeit stellt an ihre verantwortlichen Leiter ganz bedeutend höhere Anforderungen, als die in verhältnismäßig ruhigen Bahnen laufende Gemeindepolitik der Zeit vor dem Kriege. Niemand hatte sich damals mit der Fürsorge für Kriegsober-, Erwerbslose usw., mit der Förderung der Bauaktivität und andern Aufgaben zu beschäftigen. Heute liegen die Verhältnisse so, daß gerade diese obenbenannten Aufgabengebiete den größten Teil der Verwaltungsbearbeitung ausmachen. Das kommt zu recht in der Verwaltung unseres Ortes zum Ausdruck, der in seiner Größe, seiner nahen Lage zur Großstadt und seiner Industrie- und Landbevölkerung eine ganz besondere Stellung im Kreise der Landgemeinden einnimmt.

Ottersleben mit seinen rund 11 000 Einwohnern kann sicher als das größte Dorf in der Provinz Sachsen bezeichnet werden. Deshalb dürfte weit über den Ort hinaus der Verwaltungsbezirk interessieren, den der Gemeindevorsteher, Genosse Heine, über das erste Etatsjahr seiner Tätigkeit in Ottersleben schon herausgegeben hat. Er betont in seinem Vorwort, daß eine ungeheure Arbeit sowohl in der Bureauverwaltung als auch in den gemeindlichen Ausschüssen zu leisten war. Deshalb könne der Bericht noch keine vollständige Uebersicht über alle geleisteten Arbeiten bringen.

Die Gemeinde Groß-Ottersleben erstreckt sich über eine Fläche von rund 2590 Hektar, worauf auf die bebauten Ortslagen 145 Hektar entfallen. Die 10 391 Einwohner wohnen in 2917 Haushaltungen, die sich in 951 Häusern befinden. Im Jahre 1925 sind 73 Eheschließungen, 188 Geburten und 104 Sterbefälle standesamtlich registriert worden.

Dem

Vollschulmeinen

ist ein großer Teil des Berichtes gewidmet. Erwähnt sei hier nur, daß pro Kind 50 Pfennig zur unentgeltlichen Abgabe der Lernmittel bewilligt worden sind. Leider offenbarten sich die Folgen der Kriegs- und Nachkriegszeit in dem Gesundheitszustand der Kinder. So mußten 10 Kinder bei Beginn des Schuljahres zurückgestellt werden. Bei diesen wurde Skrophulose festgestellt. Die Schüler und Schülerinnen des letzten Schuljahres wurden vor der Schulentlassung hinsichtlich ihres künftigen Berufs untersucht und durch das Magdeburger Berufsamt beraten. Die evangelische Schule hatte am 1. Februar 1926 14 Lehrer, 2 Lehrerinnen und 1 technische Lehrerin. Die Kinderzahl betrug 793. Das gibt eine durchschnittliche Schülerzahl von 46 Kindern auf 17 Klassen. Die Sammelwettbewerbsschule hatte am selben Stichtag 9 Lehrer und 1 Lehrerin. Die Kinderzahl betrug 470, das ergibt für 10 Klassen im Durchschnitt 47 Kinder. Die katholische Volksschule hatte 2 Lehrer und 1 Lehrerin und eine Kinderzahl von 104. Die Gewerbliche Berufsschule erstreckt sich nach dem Lehrplan der Regierung Unterrichts in dem Versammlungssaal der Schule in der Magdeburger Straße. Die Schülerzahl betrug 40. Einen breiten Raum in der Verwaltung wie im Bericht nimmt das

Jürlingervorwesen

ein. Es werden 375 Sozialrentner, 55 Kleinrentner, 90 Gemeindevorstützungsempfänger, 166 Kriegerverwundene und eine Anzahl ausgesetzter Erwerbsloser vom Wohlfahrtsamt betreut und unterstützt. Hierzu kommt die Mitwirkung bei der Amtsvormundschaft über 50 Minderjährige und bei der Aufsicht über Pflegekinder. Große ärztliche Behandlung auf Kosten der Gemeinde wurde 1220 Personen zuteil, 30 Personen wurden zu Erholungskuren

teils auf Gemeindefkosten, entsandt. Aus der Volksliste wurden bis zum 30. April täglich 190 Personen gesperrt, im Weich-Etzt wurden 15 alten Leuten Unterkunft und Verpflegung gegeben.

Die gezahlten Unterstufungen betragen in der Armenpflege rund 80 000 Mark, in der Sozialrentnerfürsorge rund 60 000 Mark und in der Kleinrentnerfürsorge rund 17 000 Mark.

Die Volksliste erforderte an Gemeindezuschuß fast 2500 Mark. 1800 bedürftige Gemeindeangehörige stellten im Berichtsjahr Anträge auf Lebensmittel, Bekleidung, Kofeln, Uebernahme von Kofeln, auf einmalige und laufende Unterstufungen, auf Rente usw. Daß diese Anträge zuerst im Schöße des gemeindlichen Wohlfahrtsausschusses beraten und dann mit bestimmten Vorschlägen dem Gemeindevorstand zur Beschlußfassung vorgelegt wurden, sei noch erwähnt.

Gekrennt hierbon wurde die

Erwerbslosenfürsorge

berwaltet. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im April 1925 210, Mai 156, Juli 85, August 45, September 95, Oktober 98, November 181, Dezember 468, Januar 1926 603, Februar 635, März 588. Durchschnittlich wurden 265 Vollerwerbslose und 377 Zuschlagsempfänger mit einer Summe von 14 300 Mark pro Monat unterstützt. 1200 Anträge auf Erwerbslosenunterstützung wurden im Laufe des Jahres gestellt.

Das größte Sorgenkind der Verwaltung war mit das Wohnungssamt. Trotdem im Berichtsjahr 1,90 Hektar Bauland zum Wohnungsbau von der Gemeinde abgegeben wurden, konnte die ungeheure Wohnungsnot nicht viel gemildert werden. Mit Hilfe von Hauszinssteuerhypotheken sind 34 Wohnungen neuerrichtet.

Die Polizei hatte mehr als 900 Anzeigen strafrechtlich zu verfolgen, 5 Verhaftungen und 5 Hausdurchsuchungen wurden vorgenommen. In polizeilichem Gewahrsam haben sich 187 Personen befunden, zum Teil wegen Obdachlosigkeit.

Der Grundbesitz der Gemeinde ist fast unberändert erhalten. Verpachtet sind 58,73 Hektar in 1-Morgen-Stücken und 26,24 Hektar als Kleingartenland, 14 1/2 Morgen Acker sind am Behendortler Wege in 7 Parzellen verpachtet.

Der Haushaltsplan 1925/26 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 435 110 Mark ab; der für 1924/25 wies 345 477 Mark auf. In direkten Gemeindesteuern wurden erhoben: 300 Prozent Zuschläge zur Grundvermögenssteuer vom unbebauten und 200 Prozent vom bebauten Grundbesitz, 300 Prozent Gewerbesteuer nach dem Ertrag, 300 Prozent nach dem Kapital, 360 Prozent von beiden Gewerbesteuerarten von den Hütalen. Vereinnahmt wurden 315 036 Mark. Gebühren wurden eingenommen 8710 Mark. Für 1925 wurden an Kreisabgaben 68 966 Mark gezahlt. Die Gemeinde-Jahresrechnung stellt sich in Einnahme auf 532 224 Mark, in Ausgabe auf 530 228 Mark, so daß ein Bestand von 1996 Mark auf das neue Jahr übernommen werden konnte.

Der Gemeindevorstand setzt sich aus dem Vorsteher, Genossen Heine, und 6 Schöffen zusammen, von denen 3 bürgerlich, 1 Kommunist und 3 Sozialdemokraten sind. Die Gemeindeverwaltung besteht aus den Vorstandsmitgliedern und 21 Beordneten, wovon 8 zur Wirtschaftlichen Vereinigung und zu den Hausbesitzern, 5 zur Kommunistischen Partei und 8 zu unserer Partei gehören. Beschäftigt werden in der Verwaltung, im Polizei- und Feldschulsdienst 29 Beamte, Angestellte und Lehrlinge, wovon 7 kriegsbeschädigt sind.

Groß-Ottersleben. Die Frauengruppe der Partei veranstaltete am Sonnabend den 4. September, abends 8 Uhr, in den „Königs-Sälen“ eine Versammlung, in der Redakteur Genosse Emil Müller über „Warum sind die Männer arbeitslos?“ sprechen wird. Alle Genossinnen und die Frauen der Genossen müssen erscheinen. Gäste sind mitzubringen. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Monatsversammlung am Freitag den 3. September bei Emil Schüke (Ortsrat Klein-Ottersleben). Alle Mitglieder müssen erscheinen; auch Sozialrentner sind willkommen.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Ebenort. Bei herrlichem Wetter veranstaltete die Frauengruppe der Arbeiterwohlfahrt am Montag nachmittags einen Ausflug mit den Kindern nach Neuhaldensleben. Die Beteiligung war sehr zahlreich. Auf fünf großen Kremsern kamen 180 Personen an. In Verjogs Festgarten war großer Trubel. Zunächst wurde für das leibliche Wohl gesorgt. Alle Kinder wurden mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Man sah viele vor Freude strahlende Gesichter. Im Anschluß daran fanden Vorträge statt, wobei besonders der von Fräulein Domann eingeübte Reigen sowie auch ihre Gesangsvorträge den Beifall der Gäste fanden. Auch für die Genossinnen fanden verschiedene Unterhaltungsstücke statt. Um 6 1/2 Uhr abends wurden die Ebenortler durch die Genossinnen, mit der Reichsbannerkapelle an der Spitze, bis zur Stadtgrenze geleitet. Auch auf der Rückfahrt gab es noch gute Unterhaltungen. Eine Ueberraschung war es, als am Eingang des Dorfes die Kapelle des Arbeiterportfaktells mit familiären Parteilosen und Reichsbannerkometaden zum Empfang erschienen war. Mit klingendem Spiele ging es durch die Dorfstraße zum Versammlungsort, wo die Fortkündende Genossin Kunthe eine Schlussansprache hielt und ein Hoch auf die deutsche Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold ausbrachte. Allen, die am Gelingen der Veranstaltung mitgewirkt haben, sei

Esus.

Roman von Lawrence S. Desberry.

Aus dem Amerikanischen übertragen von Hermine Zur Mühlen.

(32. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ein häßlicher, dröhnender brauner Dampf lag im Hafen von Tampa vor Anker. Er mutete wie ein Krakenhau zu sein, dennoch schien er ein Passagierdampfer zu sein. Männer, kleine Kinder und Hundel auf dem Rücken, überprüften den Landungssteig, wiesen einem gut gekleideten Mann Papiere vor, gingen an Bord. Der gut gekleidete Mann grünte zufrieden, zurückwendend. „Der Bog wird zufrieden sein“, meinte er etwas spitzer zum Kapitän.

Dieser nickte. „Wenn Sie noch etwas zu befürchten haben, Saunderson, in einer Stunde lichten wir die Anker.“

Auf dem Wasser der See schaukelte unter dem juglichen dröhnenden Dampf eine schneeweiße schlanke Jacht. Im Innern der Jacht wurden im Achterraum Kofeln gehäuft. Einer der Besizer, ein hübscher, kräftiger Mann, ging über die Landungsbrücke, verschwand hinter der im Hafen sich drängenden Menge. Ein dunkelhaariger Bursche, der seit dem frühen Morgen umherlungerte, schlich ihm nach. „Sind Sie jetzt bereit?“ fragte er.

Der Besizer nickte. „Wo ist das Geld?“ Der dunkelhaarige Bursche zog den Besizer am Ärmel, zeigte ihm einige Banknoten. „So, und jetzt verabschieden Sie.“

Aus dem Schloß der weißen Jacht strömte derart ferner häßlicher Rauch; sie schien sich abzuheben.

Ein dunkelhaariger Bursche lief über den Landungssteig. Ein Passagier hielt ihn an.

„Was wollen Sie?“ „Ich muß den Kapitän sprechen!“ sagte der Bursche mit hartem italienischem Akzent.

Der Kapitän führte ihn zum Kapitän.

„Der Kapitän, Ihr Besizer Daniel Glod ist überfallen

worden, vor zwei Stunden, liegt im Spital. Schickt mich als Ersatz.“

Der Kapitän runzelte ärgerlich die Stirne. „Haben Sie Papiere?“

Der dunkelhaarige Bursche zog aus einer zerrissenen Brieftasche ein Schreiben, das bezeugte, daß der Besizer des Dokumentes, Benito Gloria, zwanzig Jahre alt, amerikanischer Staatsbürger, gebürtig in Kansas Ein. auf dem Dampfer „Missouri“ als Besizer gearbeitet habe.

„Ich geh einmal Wasser über das Datum“, erklärte der Bursche, „aber Sie können es noch lesen: Juli 19.“

Der Kapitän hatte nicht viel Zeit zu verlieren; der Besizer des Schiffes würde in wenigen Minuten an Bord kommen, er mußte unbedingt noch einen Besizer haben, und dieser Bursche besaß Papiere, machte auch einen guten Eindruck. Der Besizer wurde eingestellt.

Ein Auto fuhr vor, ein magerer hochgewachsener Mann mit ergrauendem Haar und scharfen Zügen stieg aus und ging an Bord der weißen Jacht.

Der Kapitän begrüßte ihn eifrigst. Die stehenden Augen des Mannes schweiften über das Schiff hin; nichts schien ihm zu entgehen.

„Alles in Ordnung?“ fragte er scharf.

„Ja, Herr Frigh.“

„Und auch drüben?“ er wies mit einer Gebärde nach dem dröhnenden Dampf hinüber, aus dessen Schloten dicker grauer Rauch strömte.

„Saunderson Bericht liegt in Ihrer Kabine, Herr Frigh.“

„Gut.“

Abwärts durchschritten die stehenden mitgrünen Augen das Schiff. Mächtig schaukelte der rechte Mann der weißen Jacht.

„Was ist Ihnen, Herr Frigh?“ fragte der Kapitän besorgt.

„Nichts.“ Er lachte groß, höflich. „Ein Gespenst ging über mein Grab.“

Unter im Perigrum schaukelte ein dunkelhaariger, vom Achterraum geschwärtzter halbwüchsiger Bursche, drunten zwischen zusammengepressten Jähnen.

„Was kam er zu Ford, Gott verdammte seine Seele.“

Der große Kapitän neben ihm vernahm die Worte:

„Ben verflucht Du, Kerch?“

„Einen Kapitalisten!“

Der Kapitän grünte über das ganze Gesicht. „Da huck ich mit, Freund, Gott verdammte seine Seele.“

Der dröhnende Dampf stach in See. Einmal, leuchtend wie ein Rhiperid bewegte er sich dahin. Ihm folgte in einer gewissen Entfernung schiant und anmuth die weiße Jacht.

Jenny Bright lag in einem Deckstuhl und blickte auf die blauen Blüten. Neue Pläne, neue Möglichkeiten, neuen Ruhm noch zu vermehren, arbeiteten in seinem Gehirn. Er dachte zurück an den armenigen, halb verhungerten Ernter, dem er das neue Giftgas abgekauft hatte. Damit war Geld zu machen. Wenn es zum Kriege mit Japan kam... Es war an der Zeit, daß wieder einmal ein Krieg komme... Er lächelte vor sich hin. Seine Kasse würde schon dafür sorgen, und seine Regierung, seine Behörden würden alles das hanteln lassen, die seine Politik zu bekämpfen wagten. Red gab es Platz in den Gefängnissen der Vereinigten Staaten! Es war ja doch schön, Herr zu sein über eine halbe Welt; wehe denen, die seine Macht bedrohten.

In wunderbarem Glanz leuchtete das Meer, strahlender Sonnenschein vergoldete den Glanz der Bogen, die weiße Arme nach der schlanke Jacht ausstreckten. Jenny Bright sah nichts von der ihn umgebenden Schönheit; in seinem Gehirn rewh sie Zahlen, Millionen und aber Millionen.

Unter in erstickender Luft schloßten schwer und ruhig die Augen.

Daniel Glod war ein braver Mann; er erfüllte den Auftrag des dunkelhaarigen Burschen, dem er seine Besizerhülle überlassen hatte.

Am Abend erhielt Jack Penion ein Telegramm. Er lag es auf, wart es dann bald lachend, halb zornig auf dem Tisch des grandiosen Redakteurs.

„Der verfluchte Kerl!“

Der Inhalt des Telegramms lautete:

„Mache Dir keine Sorgen um mich, unternehme mit Jack meiner Ausflug nach Karibischem Meer. Gruß Tom.“

(Fortsetzung folgt.)

Bücherschau.

Die hier angeführten Werke sind in der Buchhandlung Volkstimme zu haben.

Wesen und Leben, Abenteuer in der Luft, an Land und auf See in Vergangenheit und Gegenwart. Von Franz Hartmann. 274 Seiten. 20 Abbildungen auf Stahl und Holz. Auf bestem halbfarbigem Papier in Velin 16. Preis 1.20. Verlag v. A. Franke & Co. Leipzig. Es handelt sich hier um ein Werk, wie es in den letzten Jahren dem deutschen Publikum selten geboten worden ist. In dem Verfasser — ein Teilnehmer der berühmten Expedition von Sir Douglas Mawson — kommt ein Erzähler vor, der die ihm eigenen bahnbrechenden Kräfte zeigt.

Der Mensch, Geschichte von Innerlichkeit und Wesenheit. Von Franz Hartmann, die Gattin des Naturphilosophen Franz Hartmann, hat mit diesem Buch, das der „Welt“ als dritte Welt der Jahresreihe 1926 (8. Band) herausbringt, ein Werk geschaffen, in dem wissenschaftliche Gründlichkeit sich mit poetischer Darstellungsweise paart, um den Leser in die Geheimnisse der Naturwelt, in das bunte und religiöse Leben der Tiere und Pflanzen einzuführen. „Es sind“, schreibt die Verfasserin, „seine neuen und feinsinnigen Dinge, von denen ich hier sprechen will. Die Wissenschaft kennt vieles davon längst, Andrea, das aus eigenen Beobachtungen und Aufzeichnungen von Freunden stammt, ist nur neu dazu geordnet. Frau Hartmann gibt keine trockenen, aneinandergereihten Aufzählungen aus dem Leben der Tiere und Pflanzen, sondern einen von einheitlicher Naturanschauung erfüllten Durchblick durch das Weltgeschehen in der Natur, von dem Keuschen, primitivsten Lebewesen bis zu dem Menschen auf der höchsten Stufe der Kultur. Alles in einer Sprache, die getragen wird von tiefem, selbstigen Empfinden und einer Humanität, die hinüberreicht über die engen Grenzen des Menschengefühls und alle Wesen, die die Erde bevölkern, umschließt. Wir lernen durch mannigfaltige Beispiele kennen, wie die Tiere sich durch eine Weisheit untereinander verständigen, ihre Weisheit durch Gesetze zu gewöhnen trachten, ihre Kraft und Schönheit beim Wettstreit um die Frau in die Waagschale werfen, wie sie sich die Formen der Ehe mit ihren guten und schlechten Seiten bei den Tieren entwickeln, wie sogar bei den höher entwickelten Tieren ein ungeschriebenes Gebot besteht, dessen Verletzung durch Ehenarrichte gesühnt wird, wie sie, mit einem Worte, wie schon in der Tierwelt jene Normen der gesellschaftlichen Beziehungen und des gegenseitigen Verständnisses der Geschlechter wurzeln, die in der Menschheitsgeschichte zum Ausdruck kommen. Mit diesem Werke hat der Völkerverbund die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein gutes Buch ergänzt. Die Ausstattung in Einband, Druck und Papier ist vorzüglich gut. Wie alle Völkerverbund-Werke kann auch dieses Buch nur besterhalten, der Mitglied im Völkerverbund. Wegen Anstufung und Annahme wende man sich an die Buchstellen (Volkshandlungen) oder direkt an: Der Völkerverbund G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6.

Die Völkerverbund-Werke. Von Hans Dito Leopold. 250 Seiten. 2.50 Mark. Verlag v. A. Franke & Co. Leipzig. Die Völkerverbund-Werke sind in der Buchhandlung Volkstimme zu haben.

Die Völkerverbund-Werke. Von Hans Dito Leopold. 250 Seiten. 2.50 Mark. Verlag v. A. Franke & Co. Leipzig. Die Völkerverbund-Werke sind in der Buchhandlung Volkstimme zu haben.

Die Völkerverbund-Werke. Von Hans Dito Leopold. 250 Seiten. 2.50 Mark. Verlag v. A. Franke & Co. Leipzig. Die Völkerverbund-Werke sind in der Buchhandlung Volkstimme zu haben.

Telephon 8112 **Walhalla-Lichtspiele** Telephon 8112

Aho heute auf zur Brautschau

Buster Keaton, der Mann mit den 1000 Bräuten

7 weitere Aho aus dem Leben eines unglücklich Liebenden und Liebenden.

Buster Keaton vermag mit seinem neuesten Film jedes Theater in ein Meer von Lachkrämpfen und Quittschämereien zu verwandeln. — Der uns Eigenartige gezeigte Humor löst bei jedem Zuschauer ein Lachen aus. — Alles das ist unbeschreiblich lustig, pikant, geradezu jabelhaft. So lassen die Zuschauer.

Der Bandit Die neueste Wfa-Wochenschau Das Reizprogramm

Ein Film in 6 Akten mit dem besten Regisseur.

Erstausgabe — Tempo — Sonntag 120 Uhr.

Pflaumenberpachtung.

Die diesjährige Nutzung der im Eigentum der Stadt befindlichen Pflaumenbäume am Götterberg in Köthen soll am Dienstag den 7. September 1926, nachmittags 4 1/2 Uhr, an Ort und Stelle in meinen Rufen meistbietend verkauft werden.

Freisitz 4 1/2 Uhr vor der Gastwirtschaft zur Linde von H. J. J. Köthen.

Magdeburg, den 26. August 1926. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen Bodenstellen befinden sich in der Gasse am Mühlentor oberhalb des Ankerbühnenbühnen und können an den Wochenenden nachmittags von 3 bis 7 Uhr, an den Samstagen und Festtagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags benutzt werden.

Während einer andern Tageszeit ist das Boden dort nicht gestattet.

Die Bodenstellen stehen unter Aufsicht des Stadtmagistrats, dessen Anordnungen jedermann Folge zu leisten hat.

Wer im Zusammenhang außerhalb der Grenzen dieser Bebauung oder des Zugangswegs betriebl. Arbeit, hat polizeiliche Strafe zu erwarten.

Magdeburg, den 11. August 1926. Der Magistrat.

Mieter-Bau- und Sparverein E. G. m. b. H. Magdeburg.

Wohnungsbesichtigung

am Sonntag den 5. September, nachmittags 3 Uhr, im neuen Haus an der Sonnenwälder Straße 7. Die neuen wägen Wohnungen, mit ihren Zimmern und Bädern, sind jederzeit zu besichtigen. Der Vorstand.

Für Gardinen sind LUX Seifenflocken als Waschmittel das Beste

LUX SEIFENFLOCKEN

L 35.

Allgemeines Mode-Milben

Die Milben zur Befähigung.

Buchhandlung Volkstimme

Magdeburg, Große Mühlstraße 2.

Am 1. bis 3. September, außer Samstag, geschlossen.

Zurückgekehrt!

Dr. Stensch, prakt. Arzt

Magdeburg, Schulstraße 20/21

Spezialist für: Nerven, Frauen, Kinder, Hautkrankheiten, Augen, Ohren, Hals, Brust, Magen, Darm, Harn, Gicht, Rheuma, Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, Malaria, Anämie, Chlorose, Hysterie, Epilepsie, Krämpfe, Stenosen, Hernien, Nierenerkrankungen, Prostataerkrankungen, Hämorrhoiden, Gicht, Rheuma, Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, Malaria, Anämie, Chlorose, Hysterie, Epilepsie, Krämpfe, Stenosen, Hernien, Nierenerkrankungen, Prostataerkrankungen, Hämorrhoiden.

Sie essen wie bei Muffern

Jürgenstraße 27

Einberufene Nachrichten.

Magdeburg, den 26. August 1926.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem werten Publikum, Spezialisten und Kunden zur Kenntnis, daß ich am heutigen Tage Grödenstraße 21 ein

Zigaretten-, Zigaretten- und Tabak-Geschäft

eröffnet habe.

Walter Hochhaus, Grödenstraße 21.

Ordnungs-Preiswettbewerb

Es werden folgende Preise zur Verleihung:

1. Preis Mk. 200.— Ernst Gabel, Magdeburg (Arbeit)
2. Preis Mk. 100.— Karl Müller, Leipzig
3. Preis Mk. 50.— Frieda Knapf, Langensalza
4. Preis Mk. 50.— Emma Burkhan, Hannover

außerdem 10 Kopien zu je Mk. 5.—

Für die weitere Lage, Beschreibung und die weiteren Bedingungen und Bedingungen der Wettbewerbsarbeiten wende man sich an die Buchstellen Volkstimme, Magdeburg, Große Mühlstraße 2.

Jahr 1926. I. Internationale Wettbewerb. 1926.

20 Pf. an

Kredit-Möbel

Magdeburg, Schulstraße 20/21

Spezialist für: Nerven, Frauen, Kinder, Hautkrankheiten, Augen, Ohren, Hals, Brust, Magen, Darm, Harn, Gicht, Rheuma, Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, Malaria, Anämie, Chlorose, Hysterie, Epilepsie, Krämpfe, Stenosen, Hernien, Nierenerkrankungen, Prostataerkrankungen, Hämorrhoiden.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen Bodenstellen befinden sich in der Gasse am Mühlentor oberhalb des Ankerbühnenbühnen und können an den Wochenenden nachmittags von 3 bis 7 Uhr, an den Samstagen und Festtagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags benutzt werden.

Während einer andern Tageszeit ist das Boden dort nicht gestattet.

Die Bodenstellen stehen unter Aufsicht des Stadtmagistrats, dessen Anordnungen jedermann Folge zu leisten hat.

Wer im Zusammenhang außerhalb der Grenzen dieser Bebauung oder des Zugangswegs betriebl. Arbeit, hat polizeiliche Strafe zu erwarten.

Magdeburg, den 11. August 1926. Der Magistrat.

Unsere Schlager!

Männer-Kartenband 1.95	Frauen-Kartenband 1.95
Wolle-Schlafdecke 2.90	Männer-Kartenband 1.50
Frauen-Kartenband 1.30	Wolle-Schlafdecke 5.90

Mitteldeutsche Bekleidungsstätte

Reinholdstraße 12, nicht am Markt.

Reinholdstraße 12

Mitteldeutsche Bekleidungsstätte

Reinholdstraße 12, nicht am Markt.

Pianos

Magdeburg, Schulstraße 20/21

Spezialist für: Nerven, Frauen, Kinder, Hautkrankheiten, Augen, Ohren, Hals, Brust, Magen, Darm, Harn, Gicht, Rheuma, Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, Malaria, Anämie, Chlorose, Hysterie, Epilepsie, Krämpfe, Stenosen, Hernien, Nierenerkrankungen, Prostataerkrankungen, Hämorrhoiden.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen Bodenstellen befinden sich in der Gasse am Mühlentor oberhalb des Ankerbühnenbühnen und können an den Wochenenden nachmittags von 3 bis 7 Uhr, an den Samstagen und Festtagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags benutzt werden.

Während einer andern Tageszeit ist das Boden dort nicht gestattet.

Die Bodenstellen stehen unter Aufsicht des Stadtmagistrats, dessen Anordnungen jedermann Folge zu leisten hat.

Wer im Zusammenhang außerhalb der Grenzen dieser Bebauung oder des Zugangswegs betriebl. Arbeit, hat polizeiliche Strafe zu erwarten.

Magdeburg, den 11. August 1926. Der Magistrat.

Unsere Schlager!

Männer-Kartenband 1.95	Frauen-Kartenband 1.95
Wolle-Schlafdecke 2.90	Männer-Kartenband 1.50
Frauen-Kartenband 1.30	Wolle-Schlafdecke 5.90

Mitteldeutsche Bekleidungsstätte

Reinholdstraße 12, nicht am Markt.

Herbst-Neubekleidungen

Mannheimer

Magdeburg, Schulstraße 20/21

Spezialist für: Nerven, Frauen, Kinder, Hautkrankheiten, Augen, Ohren, Hals, Brust, Magen, Darm, Harn, Gicht, Rheuma, Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, Malaria, Anämie, Chlorose, Hysterie, Epilepsie, Krämpfe, Stenosen, Hernien, Nierenerkrankungen, Prostataerkrankungen, Hämorrhoiden.

Klassiker

Magdeburg, Schulstraße 20/21

Spezialist für: Nerven, Frauen, Kinder, Hautkrankheiten, Augen, Ohren, Hals, Brust, Magen, Darm, Harn, Gicht, Rheuma, Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, Malaria, Anämie, Chlorose, Hysterie, Epilepsie, Krämpfe, Stenosen, Hernien, Nierenerkrankungen, Prostataerkrankungen, Hämorrhoiden.

Einberufene Nachrichten.

Magdeburg, den 26. August 1926.

Dugo Döhu

Magdeburg, Schulstraße 20/21

Spezialist für: Nerven, Frauen, Kinder, Hautkrankheiten, Augen, Ohren, Hals, Brust, Magen, Darm, Harn, Gicht, Rheuma, Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, Malaria, Anämie, Chlorose, Hysterie, Epilepsie, Krämpfe, Stenosen, Hernien, Nierenerkrankungen, Prostataerkrankungen, Hämorrhoiden.